

## Konjunkturlage in Deutschland

### Grundtendenzen

---

Die Erholung der deutschen Wirtschaft hat sich in den Frühjahrsmonaten fortgesetzt, blieb aber weiterhin recht verhalten. Dies hing auch damit zusammen, dass es wegen der Streiks in der Metall- und Elektroindustrie sowie der Bauwirtschaft zu Produktionsausfällen kam. Saison- und kalenderbereinigt erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal um schätzungsweise  $\frac{1}{4}$  %. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte kalenderbereinigt etwa ebenso hoch gewesen sein wie vor Jahresfrist, nachdem die ersten drei Monate noch einen leichten Rückgang von  $\frac{1}{4}$  % ergeben hatten. Kalendermonatlich bedeutet das ein Plus von  $\frac{1}{2}$  %, nach  $-1\frac{1}{4}$  % im ersten Quartal. Im ersten Halbjahr insgesamt war das Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt damit etwas höher als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres, das Ergebnis des ersten Halbjahres 2001 wurde geringfügig unterschritten.

*Moderates  
Wachstum  
fortgesetzt*

Stellt man die temporären Preisschocks sowie die streikbedingten Sondereinflüsse im ersten Halbjahr in Rechnung, so könnte vor dem Hintergrund anhaltend günstiger monetärer Bedingungen bei recht stabilen Preisen und einer fortschreitenden Lagerkorrektur das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Sommer insoweit gesehen zwar durchaus etwas höher als bislang ausfallen. Doch ist die deutsche Wirtschaft derzeit immer noch nicht über die Anfangsphase einer zyklischen Erholung hinausgekommen: Die Kapazitätsauslastung ist weiterhin recht niedrig, und die Nachwirkungen der vorangegangenen konjunkturellen Abkühlung prägen unverändert die Lage am

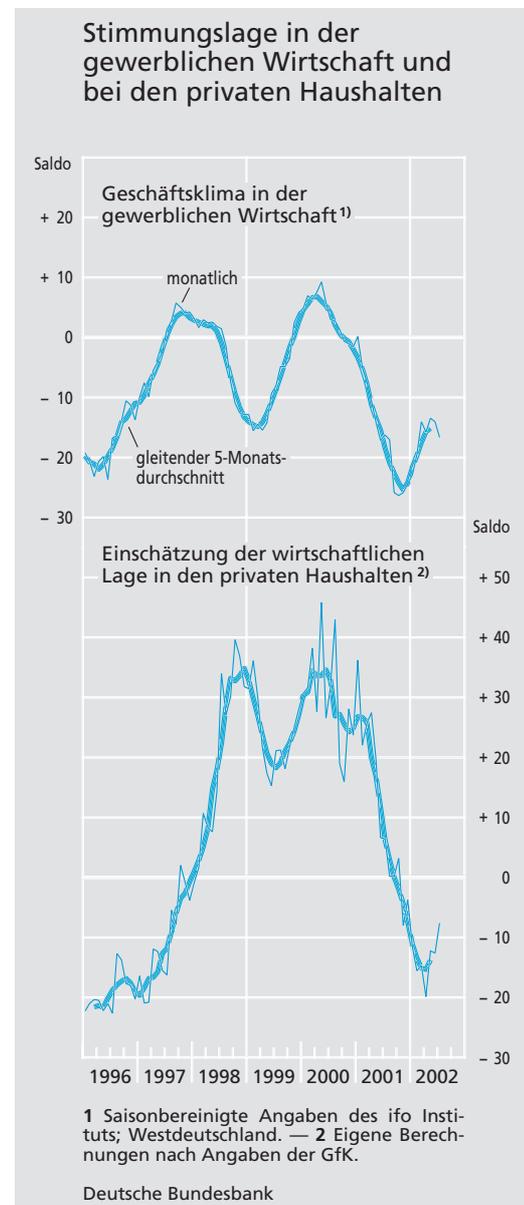
*Eingetrübter  
Konjunktur-  
horizont*

Arbeitsmarkt. Von einem gefestigten Aufschwung kann man auch deshalb nicht sprechen, weil die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nach wie vor von Vorsicht und Zurückhaltung gekennzeichnet ist. Solange die Konjunktur noch nicht an Kraft und Dynamik gewonnen hat, bleibt die Wirtschaft gegenüber neuen Belastungen, ob von außen oder „hausgemacht“, störanfällig.

Wie die Umfragen des ifo Instituts und des ZEW zeigen, verharrt die Einschätzung der aktuellen Lage auf gedrücktem Niveau, und die Beurteilung der näheren Perspektiven hat sich in jüngerer Zeit wieder etwas eingetrübt. Dass sich die Absatz- und Ertragsaussichten nicht weiter gebessert haben, liegt sicherlich – zusätzlich zu den höher als erwartet ausgefallenen Tarifabschlüssen der diesjährigen Lohnrunde und den nicht zuletzt stimmungsbelastenden Wirkungen größerer Unternehmensinsolvenzen – auch an dem mit gestiegenen Unsicherheiten behafteten internationalen Umfeld. Darüber hinaus sind negative Vertrauenseffekte der hartnäckigen Aktienbaisse im Inland und gewisse Beeinträchtigungen beim Export nicht auszuschließen.

Wechselkurs-  
effekte

Die rasche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seit April dieses Jahres hat zudem die Sorge aufkommen lassen, die externen Impulse, die die konjunkturelle Wende eingeleitet hatten, könnten hierdurch wieder abflauen und die Erholung empfindlich treffen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft hat sich aber an der bislang günstigen internationalen Wettbewerbsposition im Ganzen gesehen nur wenig geändert. Gesamtwirtschaftlich betrachtet relativieren sich die Auswir-



kungen der Euro-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar auch deshalb, weil der Anteil der deutschen Ausfuhren, die von einer solchen Aufwertung unmittelbar betroffen sind, nur etwa ein Zehntel ausmacht, während von der Verbilligung der Einfuhren rund ein Viertel der Warenbezüge aus dem Ausland begünstigt ist. Der Stabilitätsimport, durch den die Kostenrechnung der Unternehmen entlastet und die Kaufkraft der Konsumenten gestärkt

wird, kommt in einem keineswegs geringen Umfang der schwachen Inlandsnachfrage zu gute. Er könnte zusammen mit dem allgemein freundlichen Preisklima einen wichtigen Beitrag für ein ausgewogeneres Nachfrageprofil leisten, zumal der Realeinkommensgewinn in der Gesamtwirtschaft relativ rasch zu Buche schlägt, während die Exporte erst nach und nach die Aufwertung zu spüren bekommen. Nicht außer Blick sollte auch bleiben, dass die Wechselkurskorrekturen von sinkenden Kapitalmarktzinsen im Euro-Raum und Deutschland begleitet wurden, die damit ein gewisses Gegengewicht zu den derzeit höheren Risikoprämien auf den Märkten für Unternehmenskredite bilden.

*Belebung des  
privaten  
Verbrauchs*

Der Konsum der privaten Haushalte, der noch in den Wintermonaten des laufenden Jahres recht schwach gewesen war, hat sich in jüngerer Zeit wieder etwas belebt. Erstmals seit einem Dreivierteljahr dürften die Ausgaben für den privaten Verbrauch – Preisbewegungen sowie die jahreszeitlich üblichen Schwankungen ausgeschaltet – im zweiten Quartal einen Zuwachs verzeichnet haben. Nicht nur meldete der Einzelhandel, der nach der Jahreswende vielfach über Absatzschwierigkeiten geklagt hatte, etwas bessere Umsatzergebnisse. Auch scheint sich die Zurückhaltung beim Kauf neuer Kraftfahrzeuge verringert zu haben. Das Stimmungsbild bei den privaten Haushalten hat sich jedenfalls – folgt man den Umfragen der GfK – wieder aufgehellt, und die Bereitschaft, größere Anschaffungen zu tätigen, nahm erstmals seit längerem leicht zu. Angesichts der jüngsten Preisentwicklung von derzeit rund 1% im Vorjahresvergleich verliert möglicherweise der Ein-

druck vieler Konsumenten an Bedeutung, wonach mit der Euro-Bargeldeinführung eine allgemeine Teuerungswelle ausgelöst worden sei. Die Einschätzung der Einkommensperspektiven ist allerdings trotz einer leichten Besserung bis zuletzt sehr vorsichtig gewesen. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Arbeitsplatzunsicherheit hoch geblieben ist.

### Produktion und Arbeitsmarkt

Die Erzeugung in der Industrie dürfte im Unterschied zum Dienstleistungsbereich und zum Handel im zweiten Quartal kaum höher als in den vorangegangenen Wintermonaten gewesen sein. Die vorliegenden Werte deuten saisonbereinigt sogar auf eine Abnahme um ½% hin. Es ist aber zu berücksichtigen, dass der endgültige Wert für den Juni sowie die Quartalerhebung deutliche Korrekturen nach oben bringen werden. Der Rückstand gegenüber dem Vorjahr, der im ersten Vierteljahr noch 4¼% betragen hatte, könnte sich auf 2½% verringern.

*Industrie-  
produktion  
stagniert*

Mitentscheidend für die schwache Entwicklung war der Streik in der Metall- und Elektroindustrie, der zwar nicht flächendeckend wirkte, mit seinen punktuellen Arbeitsniederlegungen gleichwohl die normale Produktionstätigkeit erkennbar behindert hat. Betroffen war insbesondere der Produktionsmonat Mai, dessen ungünstiges Ergebnis im Juni trotz einer Steigerung des Outputs nicht mehr ganz ausgeglichen werden konnte. Die konjunkturelle Grundtendenz in der Industrie dürfte damit im zweiten Quartal unterzeichnet worden sein.

*Negativer  
Streikeinfluss*

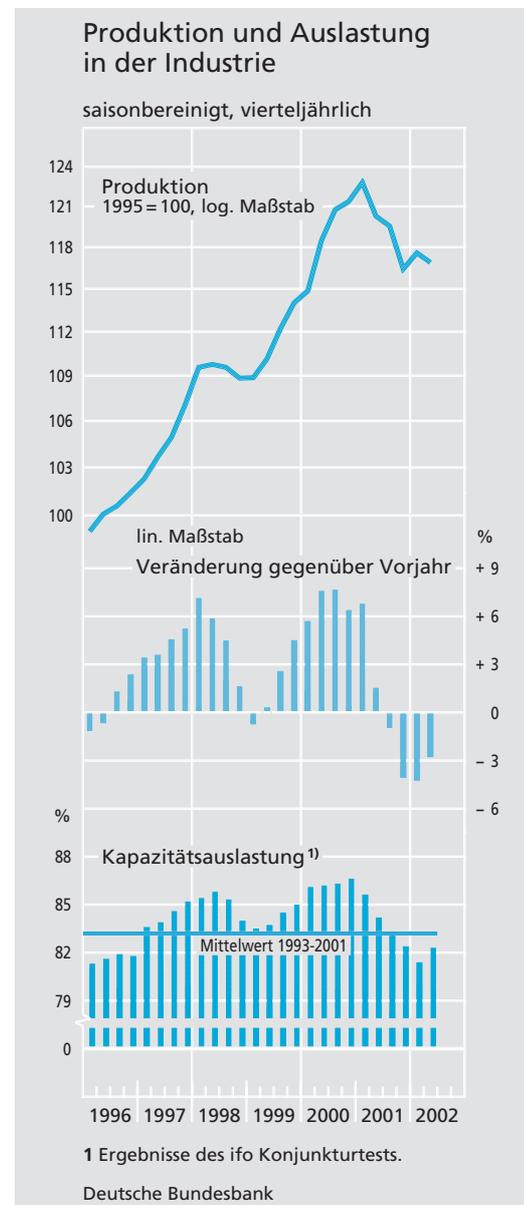
Am deutlichsten spürbar waren die Streikeinflüsse im Investitionsgüterbereich. Hier ist die Produktion im zweiten Quartal zwar nur leicht – nämlich nach gegenwärtigem Zahlenstand saisonbereinigt um ½ % – hinter dem in den ersten Monaten des Jahres erreichten Ergebnis zurückgeblieben. Ohne Streik wäre die Erzeugung aber wohl deutlich höher gewesen. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern ist die Produktionsleistung im Frühjahr im Vergleich zu den Wintermonaten gesunken. Der Rückstand im Vorjahrsvergleich, der im Mittel der ersten drei Monate des Jahres noch 3¼ % betragen hatte, verringerte sich aber auf 1½ %. Der Konsumgütersektor konnte keinen Boden gutmachen. Mit – 3 % im Quartalsdurchschnitt war der Abstand zum Vergleichszeitraum des Vorjahres sogar größer als in den ersten Monaten dieses Jahres.

*Kapazitätsauslastung gestiegen*

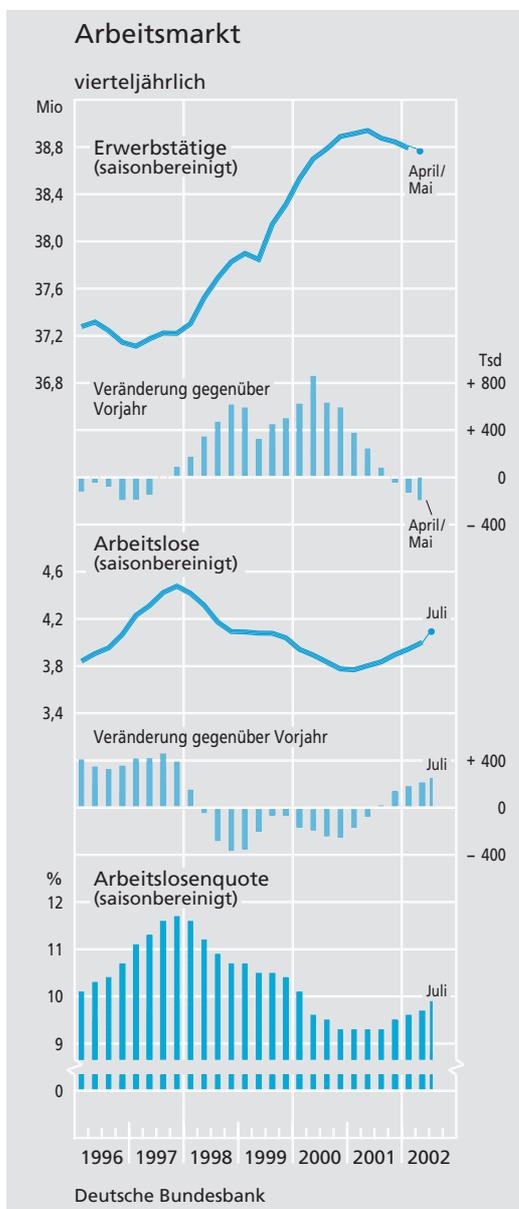
Die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie war nach den Ergebnissen der ifo Umfragen zu Ende des Frühjahrs etwas höher als im Februar. Saisonbereinigt erreichte sie im Juni 82¼ % der betriebsüblichen Vollauslastung. Das Vorjahrsniveau wurde allerdings weiterhin um zwei Prozentpunkte unterschritten, der längerfristige Durchschnitt um rund einen Punkt verfehlt.

*Rückgang der Bauproduktion*

In der Bauwirtschaft ist die Produktion im Frühjahr erneut zurückgegangen. Saisonbereinigt lag die Erzeugung des Bauhauptgewerbes im zweiten Quartal um rund 7 % unter dem in den vorangegangenen Wintermonaten erreichten Ergebnis. Im Vergleich zum bereits ungünstigen Vorjahr ergibt sich nochmals ein Rückgang von fast 6 %. Zwar dürfte



es mit den erst später vorliegenden Ergebnissen der Totalerhebung noch zu einer Korrektur der gegenwärtigen Angaben nach oben kommen. Diese wird aber sehr wahrscheinlich nicht ausreichen, um das aktuelle Bild einer Verschlechterung der Lage zu revidieren. Eine Verschärfung der Situation ergab sich zusätzlich dadurch, dass es im Juni erstmals seit langer Zeit zu Streiks gekommen ist.



Auch im Ausbaugewerbe, zu dem überwiegend handwerkliche Betriebe gehören, dürfte sich die Lage in den Frühjahrsmonaten eingetrübt haben. Zwar reichen die Informationen der amtlichen Statistik gegenwärtig nur bis zum ersten Quartal. In dieser Zeit aber hatten sich sowohl die Arbeitsleistung – gemessen an den erbrachten Arbeitsstunden – als auch die Umsätze spürbar verschlechtert. In den

Monaten April bis Juni wird sich die Situation kaum geändert haben.

Die ungünstige Entwicklung betraf alle großen Sparten der Bauwirtschaft. Sowohl der Wohnungsbau als auch der gewerbliche und der öffentliche Bau mussten bis zuletzt Einbußen hinnehmen. Zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich ebenfalls keine größeren Unterschiede in der Verlaufsbetrachtung.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich auch in den Frühjahrsmonaten nicht entspannt. Vielmehr zeigte die Beschäftigungstendenz nach wie vor abwärts, und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich weiter. Die Zahl der Erwerbstätigen sank nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt bis zum Mai auf 38,76 Millionen. Das waren rund 55 000 weniger als im Durchschnitt der Wintermonate dieses Jahres und 205 000 oder ½ % weniger als im Frühjahr 2001, als die Erwerbstätigkeit ihren letzten Höchststand erreicht hatte. Neben dem Baugewerbe, in dem schon seit Jahren die Zahl der Mitarbeiter zurückgeht, hat in der letzten Zeit auch die Industrie den Personaleinsatz deutlich reduziert. Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Vergleichsstand von zwölf Monaten zuvor um nicht weniger als 2 % unterschritten. Der personalintensive Dienstleistungssektor konnte diesen Abbau nicht mehr ausgleichen, zumal auch hier der Personalstand nurmehr zögerlich zunimmt.

*Anhaltender  
Beschäftigungs-  
abbau*

Einschränkungen der normalen Arbeitszeit wurden im Juli für rund 175 000 Beschäftigte gemeldet. Im Durchschnitt wurde die reguläre Arbeitsdauer um ein Drittel gekürzt. Zur glei-

*Arbeitsmarkt-  
politische  
Maßnahmen*

chen Zeit des Vorjahres war die Zahl der Kurzarbeiter noch um 70 000 Personen niedriger gewesen. An beschäftigungsschaffenden Maßnahmen beteiligten sich im Juli noch etwas über 185 000 Arbeitnehmer, 55 000 weniger als ein Jahr zuvor. Weiterbildungslehrgänge besuchten 315 000 Personen, was gegenüber dem Vergleichswert von 2001 einen leichten Rückgang von 10 000 bedeutet.

*Zunahme der  
Arbeitslosigkeit*

Die Arbeitslosigkeit hat in jüngster Zeit verstärkt zugenommen. Im Ergebnis erwies sich damit der verlangsamte Anstieg in den ersten Monaten des Jahres im Gefolge einer intensivierte Anwendung des Job-AQTIV-Gesetzes als vorübergehend. In dem Gesetz ist ein verstärktes Bemühen um den einzelnen Arbeitslosen vorgesehen. Dies hatte zeitweise auch zur Streichung von Arbeitslosmeldungen geführt. Ende Juli waren saisonbereinigt 4,11 Millionen Personen bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos registriert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Vergrößerung des Abstands auf 250 000 gegenüber 155 000 im März und April. Die Arbeitslosenquote nach der Rechnung der Bundesanstalt erhöhte sich Ende Juli saisonbereinigt auf 9,9 %, nach international vergleichbaren Maßstäben waren es 8,3 %.

*Ostdeutschland  
besonders  
ungünstig*

Weitaus höher war mit saisonbereinigt 18,3 % im Juli weiterhin die Arbeitslosenquote (in BA-Abgrenzung) für die neuen Bundesländer. Auch die Zunahme gegenüber 17,6 % im Juli 2001 ist sehr deutlich ausgefallen. Dahinter steht zum einen eine im Vergleich zu Westdeutschland anhaltend hohe Erwerbsneigung. Hinzu kommt zum anderen,

dass das Arbeitsplatzangebot unverändert knapp ist. Nicht nur die fortdauernde Strukturanpassung in der Bauwirtschaft, auch die teilweise noch zu verzeichnende Überbesetzung der öffentlichen Verwaltungen führt zu Stelleneinschränkungen. Zudem entstehen in der expandierenden Industrie nur relativ wenige neue Arbeitsmöglichkeiten.

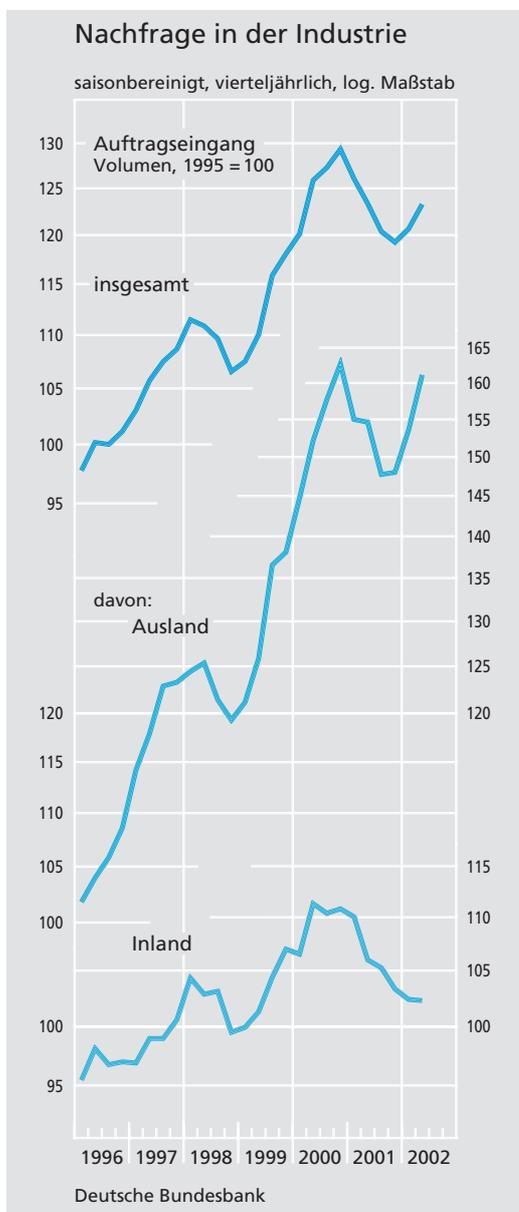
### Auftragslage

Die Auftragslage in der Industrie hat sich in den Frühjahrsmonaten weiter verbessert, nachdem schon in den ersten Monaten des Jahres eine positive Entwicklung zu erkennen gewesen war. Saisonbereinigt nahmen die Geschäftsabschlüsse im zweiten Quartal um rund 2 % gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt zu. Sie waren damit auch nicht mehr niedriger als im Vorjahr, während sich im Wintervierteljahr noch ein Minus von 4 ½ % ergeben hatte. Eine wichtige Rolle spielten dabei mehrere Großaufträge. Da diese aber erst nach und nach produktionswirksam werden, wird die aktuelle konjunkturelle Grundtendenz bei der Auftragsentwicklung etwas überzeichnet.

*Steigende  
Auftrags-  
einträge...*

Speziell die Auslandsnachfrage weist mehrere überdurchschnittlich umfangreiche Bestellungen auf. Sie betrafen insbesondere den „Sonstigen Fahrzeugbau“, in dem Flugzeuge, Schiffe und Schienenfahrzeuge statistisch zusammengefasst werden. Nicht zuletzt daher gingen die Exportaufträge insgesamt im Durchschnitt des zweiten Quartals saisonbereinigt um 5 % über den Stand der Wintermonate hinaus. Das vergleichbare Vorjahrsergeb-

*... insbesondere  
aus dem  
Ausland*



nis wurde um rund 4 % übertroffen, nachdem es im vorangegangenen Dreivierteljahr teilweise deutlich verfehlt worden war.

Das Inlandsgeschäft blieb im Frühjahr sehr verhalten. Saisonbereinigt betrachtet reichten hier die Aufträge kaum an die Wintermonate 2002 heran. Das Vorjahrsergebnis wurde weiterhin deutlich unterschritten, wenn auch der Abstand mit 3 ½ % nicht mehr so groß war

*Inlandsnachfrage verhalten*

wie noch im ersten Quartal, als das Minus 7 % betragen hatte. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern mussten Auftrags-einbußen hinnehmen. Im Bereich der Vorleistungen wie auch bei den Konsumgütern war unter Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen dagegen eine leichte Zunahme der Nachfrage zu erkennen. Die Vergleichsstände des Vorjahres wurden aber auch hier nicht erreicht.

Die Auftragsentwicklung beim Bauhauptgewerbe ist in den beiden Frühjahrsmonaten April und Mai, über die die statistischen Informationen nicht hinausreichen, wieder merklich schlechter geworden. In den beiden Monaten zusammen genommen, wurde saisonbereinigt das durchschnittliche Niveau der Wintermonate, in denen sich eine Stabilisierung der Baunachfrage abzuzeichnen schien, um rund 5 % unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Rückstand, der sich im ersten Quartal des Jahres bis auf rund ½ % verringert hatte, wieder auf 9 % zu. Das war so viel wie letztmals Anfang des vergangenen Jahres.

*Negative Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe ...*

Insbesondere die gewerblichen Auftraggeber haben sich in den letzten Monaten spürbar zurückgehalten. Das Niveau der Vergaben fiel im Durchschnitt von April und Mai saisonbereinigt auf einen seit mehreren Jahren nicht gekannten niedrigen Stand. Das Vorjahrsergebnis, das in den ersten Monaten des Jahres nach einer längeren Pause erstmals wieder übertroffen worden war, wurde zuletzt wieder zweistellig unterschritten. Auch die öffentlichen Auftraggeber drosselten ihre Auftragsvergabe merklich, nachdem im ersten

*... speziell im gewerblichen und öffentlichen Bau*

Quartal ungewöhnlich viele Vorhaben in Gang gesetzt worden waren.

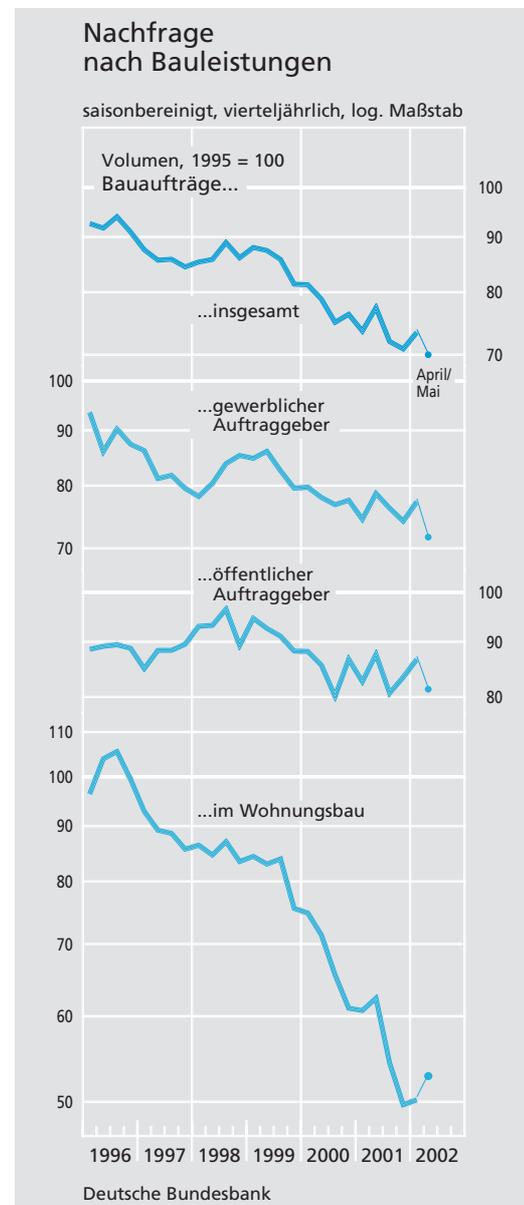
*Wohnungsbau  
mit Anzeichen  
einer  
Stabilisierung*

Im Wohnungsbau hingegen sind in der letzten Zeit Anzeichen einer Bodenbildung zu erkennen. So sind in den beiden Frühjahrsmonaten April und Mai saisonbereinigt etwas mehr Aufträge erteilt worden als zuvor. Das Niveau blieb aber weiterhin sehr niedrig. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Vergleichsstand des Vorjahres nach wie vor um 13¾% unterschritten wird. Seit Mitte der neunziger Jahre, die den letzten Höhepunkt der Wohnungsnachfrage kennzeichnen, haben sich die Baugenehmigungen für Wohnungen der Zahl nach in Westdeutschland halbiert, in den neuen Bundesländern wurde lediglich noch ein Viertel der damaligen Größenordnung erreicht. Besonders drastisch zurückgegangen sind die Bauabsichten für größere Einheiten mit mehr als drei Wohnungen. Hier belief sich die Zahl der Genehmigungen im Mai 2002 im Westen Deutschlands lediglich noch auf ein Fünftel des früheren Stands, im Osten war es nicht mehr als ein Zehntel.

## Preise und Löhne

*Wieder ruhiges  
Preisklima*

Der Anstieg der Preise, der sich zu Jahresbeginn 2002 aus verschiedenen Gründen deutlich verstärkt hatte, beruhigte sich in den letzten Monaten wieder. Saisonbereinigt blieben die Verbraucherpreise zur Jahresmitte sogar leicht hinter dem im März erreichten Stand zurück. Wenn gleichwohl die Vorjahrsrate, die häufig als Indikator für die Inflation verwendet wird, im Juli auf 1,0% zunahm, nach 0,8% im Vormonat, so hing dies mit Basis-



effekten speziell bei den Mineralölprodukten zusammen. Hier war es 2001 nämlich zu merklichen Preissenkungen gekommen, denen zuletzt eine leichte Verteuerung gegenüberstand. Der Abstand im Vorjahrsvergleich verringerte sich bei dieser Produktgruppe daraufhin von -5,5% im Juni auf lediglich noch -0,6% im Juli.

Zu der moderaten Preisentwicklung in der letzten Zeit hat nicht zuletzt die Preisberuhigung bei den gewerblichen Waren beigetragen. Saisonbereinigt betrachtet sind diese seit März, als der letzte Höhepunkt erreicht wurde, rückläufig gewesen. Dazu haben auch erneute kräftige Preissenkungen für Informationsverarbeitungsgeräte beigetragen. (Zu den Änderungen der statistischen Messmethoden in diesem Bereich vgl. Erläuterungen auf S. 40 f.). Die Vorjahrsrate der Industriegüter insgesamt verringerte sich von 1,7 % am Jahresanfang auf 0,9 % im Juli. Auch bei den Nahrungsmitteln hat sich die Preissituation normalisiert, nachdem die durch ungünstige Witterungsbedingungen hervorgerufenen Sonderbewegungen allmählich auslaufen. Dagegen waren Dienstleistungen, deren Preise im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung erkennbar angehoben worden waren, auch zuletzt deutlich teurer als zu Jahresanfang. Im Juli wurde das Vergleichsniveau von Mitte 2001 um 2,2 % überschritten. Für die Wohnungsnutzung mussten weiterhin 1,4 % mehr aufgewendet werden als vor zwölf Monaten.

*Preisdämpfende  
außenwirtschaftliche  
Einflüsse*

Von der außenwirtschaftlichen Seite gingen in den letzten Monaten preisdämpfende Einflüsse aus. So sind die Einfuhrpreise saisonbereinigt seit dem Frühlingsanfang deutlich zurückgegangen. Das Minus gegenüber dem Vorjahr vergrößerte sich bis zum Juni auf 5,2 %. Dazu hat der Rückgang der Energiepreise maßgeblich beigetragen, der sich erst nach der Jahresmitte infolge einer Stabilisierung der internationalen Ölpreise nicht mehr fortsetzte. Hinzu kam, dass auch manche andere Güter preisgünstiger bezogen werden

konnten. Neben Preissenkungen bei den ausländischen Lieferanten hat sich zusätzlich die Aufwertung des Euro positiv ausgewirkt.

Die Preisberuhigung war auch auf anderen inländischen Märkten festzustellen. So sind die industriellen Erzeugerpreise saisonbereinigt seit März leicht zurückgegangen. Die Vorjahrsrate ermäßigte sich im Juni auf – 1,1 %, gegenüber noch + 0,1 % im Dezember 2001. Die Baupreise verharrten bis zuletzt auf dem im Herbst 2000 erreichten Niveau. Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind in den zurückliegenden Monaten spürbar billiger geworden. Der Preishöhepunkt vom Frühjahr 2001, als witterungsbedingt schlechte Ernten von pflanzlichen Produkten mit Angebotsverknappungen bei tierischen Erzeugnissen auf Grund von Tierseuchen zusammenfielen, wurde im Mai 2002 saisonbereinigt um gut 8 % unterschritten. Damit sind die Abgabepreise der Landwirtschaft wieder auf das Niveau vom Frühjahr 2000 zurückgekehrt. Sie waren auch niedriger als im Durchschnitt der Jahre seit 1993.

*Ruhige Preisentwicklung  
im Inland*

In der diesjährigen Lohnrunde standen im Unterschied zum vergangenen Jahr in nahezu allen Bereichen der privaten Wirtschaft Tarifverhandlungen an. Für den Öffentlichen Dienst weist der im Jahr 2000 vereinbarte Tarifvertrag hingegen eine Laufzeit bis zum 31. Oktober 2002 auf, so dass hier erst im Herbst Gespräche über einen Nachfolgevertrag zu erwarten sind. Anders als in den vorangegangenen Jahren verlief die Lohnrunde in diesem Jahr recht konflikträftig. Dies deutete sich bereits frühzeitig an. Die Einkommensforderungen der Gewerkschaften

*Lohnrunde  
2002*

waren mit überwiegend 6,5% mehr Lohn und Gehalt deutlich höher als in den Jahren zuvor, während von den Arbeitgebern auf die nach wie vor recht labile gesamtwirtschaftliche Lage und die gedrückten Erträge verwiesen wurde. So kam es während der Tarifauseinandersetzungen in mehreren Wirtschaftszweigen, etwa in der Metall- und Elektroindustrie, im Bauhauptgewerbe, im Bankgewerbe und im Einzelhandel, zu Streiks.

Im Ergebnis sind die bislang vorliegenden Tarifabschlüsse der Lohnrunde 2002 merklich höher ausgefallen als in den Jahren zuvor. Das Tariflohn- und -gehaltsniveau dürfte sich 2002 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und auf Jahresbasis um fast 3% erhöhen, nachdem es in den beiden Vorjahren um lediglich 2% gestiegen war. Damit hat sich die Grundlinie moderater Tarifanhebungen nicht länger fortgesetzt. Die Lohnerhöhungen gingen über den zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum hinaus, wobei zu berücksichtigen ist, dass in diesem Jahr höhere indirekte Steuern sowie die Anhebung der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung um die Jahreswende 2001/2002 den verteilungsrelevanten Teil spürbar schmälerten. Der Lohnkostendruck in den Unternehmen wird damit wieder steigen, was für die Beschäftigung und die Arbeitsplatzsicherheit einen Belastungsfaktor darstellt.

*Tarifabschluss  
Chemische  
Industrie*

Der erste größere Abschluss in der Lohnrunde 2002 wurde in der westdeutschen Chemischen Industrie erzielt. Hier sieht der neue Tarifvertrag bei einer Gesamtlaufzeit von 13 Monaten nach einer Pauschalzahlung von 85 € für den ersten Monat eine lineare Erhöhung

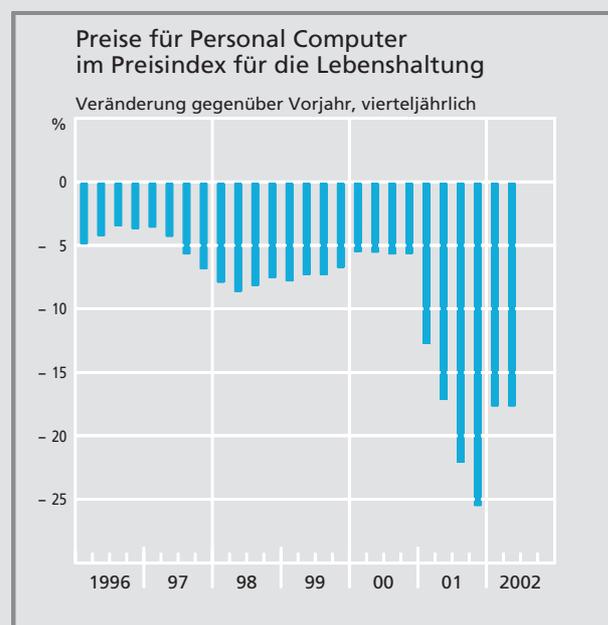


## Änderungen in der amtlichen Verbraucherpreisstatistik und ihre Konsequenzen für den „Messfehler“ in der Teuerungsrate

Die Probleme bei der statistischen Erfassung der „wahren“ Teuerungsrate werden seit einigen Jahren wieder intensiver diskutiert. So wurde 1998 im Volkswirtschaftlichen Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank eine Studie erstellt,<sup>1)</sup> die zu der Schlussfolgerung kam, dass der Messfehler in der (west-)deutschen Teuerungsrate aus der Perspektive eines Lebenshaltungskostenindex auf durchschnittlich rund drei viertel Prozentpunkte pro Jahr zu veranschlagen sei. Maßgeblich für das seinerzeit geschätzte Ausmaß der statistischen Verzerrung war eine Untererfassung von Qualitätsveränderungen, die teilweise in den Methoden der amtlichen Statistik angelegt war und für die in Fallstudien empirische Hinweise gefunden wurden. Als weitere „Fehlerquellen“ wurden eine verspätete Berücksichtigung neuer Produkte und geänderter Handelsstrukturen sowie Veränderungen des Verbrauchsverhaltens infolge von Verschiebungen relativer Preise identifiziert.<sup>2)</sup>

Bereits 1998 hat das Statistische Bundesamt seine Vorgaben an die Preisermittler vor Ort für die Qualitätsbereinigung angepasst.<sup>3)</sup> In einem weiteren Schritt wurde im letzten Jahr die Preismessung für Personal Computer beim Statistischen Bundesamt zentralisiert und für die Qualitätsbereinigung anstelle der traditionellen Verfahren die so genannte Ausstattungsbereinigung eingeführt. Wenn beispielsweise ein für die Preisbeobachtung herangezogener PC einen größeren Hauptspeicher erhält, wird der am Markt vorgefundene Preis für eine solche Speichervergrößerung indexsenkend angerechnet. Die Umstellung der Preiserfassung und -aufbereitung für PC hatte zur Folge, dass sich der gemessene Preisrückgang erheblich verstärkte. Zeigte der Teilindex für Personal Computer im Jahresdurchschnitt 2000 nur

einen Rückgang um 5,6 %, so ging der Index im Jahr 2001 um nicht weniger als 19,3 % zurück. Auch bei Druckern führte die Änderung der Preiserfassung zum Ausweis einer stärkeren Preissenkung in der amtlichen Statistik.



Im Juni dieses Jahres wurde die Qualitätsbereinigung für PC auf ein so genanntes hedonisches Verfahren umgestellt, bei dem die Preise heterogener Produkte regressionsanalytisch durch unterschiedliche Ausstattungsmerkmale erklärt werden. Die hierbei gewonnenen Bewertungen für Ausstattungs- beziehungsweise Qualitätsunterschiede gehen in die Indexberechnung ein. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, führte bei PC das

1 J. Hoffmann, Probleme der Inflationsmessung in Deutschland, Diskussionspapier 1/98, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank. Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Probleme der Inflationsmessung, Monatsbericht, Mai 1998, S. 53-66. — 2 Inwieweit diese Fehlerrechnungen für einen reinen Preisindex zutreffen, der die konzeptionelle Basis des Preisindex für die Lebenshaltung bildet, ist umstritten. Ein reiner Preisindex misst die Teuerungsrate anhand eines unveränderlichen Warenkorbs, während ein Lebenshaltungskostenindex die Veränderung der für die Erhaltung eines bestimmten Lebensstandards notwendigen Ausgaben misst. Die strikte Anwendung des Prinzips der reinen Preismessung scheint zu implizieren, dass die „Messfehler“, die von einer veränderten Verbrauchsstruktur

und einem geänderten Einkaufsverhalten ausgelöst werden, hinzunehmen sind. Doch ist auch an einen solchen Index die Forderung nach Repräsentativität zu stellen. Von dem Problem der Bereinigung für Qualitätsänderungen sind ein reiner Preisindex und ein Lebenshaltungskostenindex in gleicher Weise betroffen. — 3 Zu den Konsequenzen der neuen Vorgaben für die Genauigkeit der Messung siehe: J. Hoffmann, The Treatment of Quality Changes in the German Consumer Price Index, in: R. Guðnason, P. Gylfadóttir (Hrsg.), Proceedings of the Ottawa Group Fifth Meeting, Iceland, 25-27 August 1999, Statistics Iceland: Reykjavik 1999, sowie J. Hoffmann, Problems of Inflation Measurement in Germany: An Update, in: M. Silver, D. Fenwick (Hrsg.), Proceedings of the Measurement of Inflation Conference, Car-

hedonische Verfahren bei einer Rückrechnung über zehn Monate im Vergleich zu der Ausstattungsbereinigung zu einem im Durchschnitt nochmals um 1,1 Prozentpunkte niedrigeren Ausweis der Preisentwicklung. Auf Jahresrate hochgerechnet, belief sich der in der Preisstatistik ausgewiesene Preisrückgang auf 16%, mit hedonischer Anpassung sind es mehr als 25%. Dieser Rückgang entspricht der Größenordnung, wie sie auch in amerikanischen Studien für PC berichtet wird. Damit dürfte die von Qualitätsänderungen ausgehende statistische Verzerrung bei dem Teilindex für PC beseitigt sein. Wegen des geringen Gewichts im Warenkorb hat dies auf die Gesamtrate der Lebenshaltung allerdings keinen spürbaren Einfluss.<sup>4)</sup>

Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, hedonische Methoden nach und nach auch bei anderen Produktgruppen einzusetzen. Da die Ergebnisse der Preisstatistik in die Volumenberechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einfließen, dürfte die internationale Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistiken davon profitieren.<sup>5)</sup> Weitere Fortschritte in diese Richtung sind zu erwarten, wenn das reale BIP auch den Empfehlungen des ESVG '95 folgend als Kettenindex berechnet wird.

Die amtliche Statistik ist ferner dazu übergegangen, neue Produkte zügiger in den Warenkorb des Preisindex für die Lebenshaltung (und auch des deutschen Harmonisierten Verbraucherpreisindex) aufzunehmen. Es wird somit nicht mehr in jedem Fall bis zur nächsten Umstellung des Basisjahres gewartet, die in der Regel im Abstand von fünf Jahren stattfindet. Beispielsweise geht die Internetnutzung seit Januar 2001 in die Index-

diff 1999, S. 380-406. — 4 Das relative Ausgabengewicht der Personal Computer im Warenkorb für das Basisjahr 1995 beträgt 5,14%. Mit der relativen Preisentwicklung fortgeschrieben ist das Gewicht bis 2001 auf 2,8% gesunken. Im Jahr 1996 hätte ein Fehler von 20 Prozentpunkten bei PC eine Verzerrung von 0,1 Prozentpunkt in der Teuerungsrate insgesamt bedeutet, im Jahr 2001 ein Fehler von zehn Prozentpunkten eine Verzerrung von 0,03 Prozentpunkten. Wenn die Ausgabenanteile von PCs trotz sinkender Preise konstant blieben, würde der Fehler größer ausfallen. — 5 Siehe dazu auch: Deutsche Bundesbank, Probleme internationaler Wachstumsvergleiche auf Grund unterschiedlicher Deflationierungsmethoden – dargestellt am Beispiel der EDV-Aufwendungen in Deutschland und den

berechnung ein. Die umfassende Anpassung des Warenkorbs an geänderte Verbrauchsgewohnheiten wird demgegenüber erst mit der Umstellung auf das Basisjahr 2000, beginnend mit dem Berichtsmonat Januar 2003, stattfinden.

Die quantitative Einschätzung der „Fehler“, die aus einer zu späten Berücksichtigung neuer Produkte und vor allem aus der Qualitätsbereinigung resultieren, ist deshalb heute deutlich niedriger anzusetzen als in der früheren Untersuchung der Bundesbank aus dem Jahr 1998. Darauf deuten auch neuere Forschungsergebnisse hin. So konnte gezeigt werden, dass die vom Statistischen Bundesamt bei Personenkraftwagen bereits seit einiger Zeit praktizierte Ausstattungsbereinigung in den letzten Jahren zu keiner Überzeichnung des Preisanstiegs mehr geführt hat.<sup>6)</sup> Eine Studie aus dem Volkswirtschaftlichen Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank<sup>7)</sup> fand ferner Hinweise dafür, dass die Mietenentwicklung durch den Teilindex für die Mieten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unverzerrt wiedergegeben worden ist, während die „wahre“ Teuerung in diesem Bereich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts unterschätzt worden war.

Insgesamt dürfte die statistisch ausgewiesene Teuerungsrate heute im Durchschnitt um weniger als einen halben Prozentpunkt über der „wahren“ Teuerungsrate aus Sicht eines Lebenshaltungskostenindex liegen. Der „Messfehler“ wurde also deutlich reduziert. Dazu haben vor allem Fortschritte im Bereich der Qualitätsbereinigung beigetragen, die auch aus der Perspektive eines reinen Preisindex wichtig sind.

USA, Monatsbericht, August 2000, S. 8, sowie Deutsche Bundesbank, Exkurs: Probleme internationaler Wachstumsvergleiche – eine ergänzende Betrachtung, Monatsbericht, Mai 2001, S. 42-46. — 6 D. Harhoff, Quality-Adjusted Price Indices for Cars in Germany, Vortrag anlässlich der Konferenz Price Indices and the Measurement of Quality Change beim ZEW, Mannheim 2002. — 7 J. Hoffmann, C. Kurz, Rent indices for housing in West Germany, 1985 to 1998, Discussion paper 01/02, Volkswirtschaftliches Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank.

um 3,3 % für weitere zwölf Monate vor. Zusätzlich wurde die Ende der achtziger Jahre eingeführte so genannte Entgeltgarantie für bestimmte Entgeltgruppen, die dazu diente, Verdienstunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten mit vergleichbaren Tätigkeiten einzuebenn, in das normale Tarifentgelt überführt. Diese Umwandlung wirkt sich in der Zukunft hauptsächlich auf die Berechnung von Schichtzulagen aus und hat nach Angaben der Gewerkschaften ein Volumen von 0,3 %. Darüber hinaus wurde als wichtige tarifpolitische Neuerung von den schon bislang recht innovativen Sozialpartnern der Chemischen Industrie die Möglichkeit geschaffen, die Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) erfolgsabhängig zu gestalten. Je nach wirtschaftlicher Situation eines Unternehmens oder Betriebs kann diese Jahresleistung, die im Normalfall 95 % eines Monatsentgelts beträgt, durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung mit einer mindestens vierjährigen Laufzeit bis auf 125 % erhöht oder auf 80 % eines Monatsgehalts verringert werden.

*Metall- und  
Elektroindustrie*

Im Unterschied zur Chemischen Industrie, wo sich die Sozialpartner relativ rasch und reibungslos auf einen neuen Tarifvertrag einigten, kam es in der Metall- und Elektroindustrie erst nach längeren Verhandlungen und Streiks zu einem Abschluss. Bei einer vereinbarten Laufzeit von 22 Monaten einigten sich die Sozialpartner auf zwei „Nullmonate“ sowie eine Pauschalzahlung von 120 € für Mai 2002, dem eine Anhebung der Tarifvergütungen in zwei Stufen folgt, und zwar zum 1. Juni 2002 um 3,1 % und zum 1. Juni 2003 um weitere 2,6 %. Zusätzlich erhalten alle Ar-

beitnehmer Einmalzahlungen in Höhe von 0,9 % des Tarifentgelts für den Zeitraum der ersten Stufe und von 0,5 % des Tarifentgelts für den Zeitraum der zweiten Stufe des Tarifvertrags. Nach Abschluss der jeweiligen Stufen werden von den Unternehmen Mittel in gleicher Höhe betrieblichen Anpassungsfonds zugeführt, aus denen die Kosten für die im Zeitraum von 2005 bis 2007 vorgesehene Überleitung der gegenwärtig noch getrennten Tarifsysteme für Arbeiter und Angestellte hin zu einem einheitlichen Entgelt-Rahmentarifvertrag (ERA) für alle Arbeitnehmer finanziert werden sollen. Im Ergebnis werden damit die tarifvertraglich bedingten Kosten für den Faktor Arbeit in der Metall- und Elektroindustrie bis Ende 2003 um insgesamt 7 % steigen. Im Durchschnitt der beiden Jahre 2002 und 2003 ergibt sich aus der neuen Vereinbarung eine Erhöhung der Arbeitskosten um etwa 3¼ %, gegenüber 1¾ % im Zeitraum 2000/2001.

Im Bauhauptgewerbe einigten sich die Sozialpartner ebenfalls erst nach einem Streik – dem ersten in dieser Branche seit Bestehen der Bundesrepublik – auf einen zweijährigen Tarifvertrag für die west- und ostdeutschen Arbeitnehmer. Dabei ist für die unter hohem Anpassungsdruck stehende Branche vorgesehen, die Tarifverdienste nach fünf „Nullmonaten“ in Ostdeutschland und nach zwei „Nullmonaten“ in Westdeutschland sowie einer Pauschale von je 75 € für weitere drei Monate jeweils zum 1. September 2002 um 3,2 % und zum 1. April 2003 um weitere 2,4 % aufzubessern. Auch die Mindestlöhne werden angehoben, und zwar in beiden Jahren jeweils Anfang September. Darüber hinaus

*Bauhaupt-  
gewerbe*

wird zum 1. September 2003 ein Mindestlohn für Baufacharbeiter eingeführt, für den – wie auch für die allgemeinen Mindest-

löhne – beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Allgemeinverbindlichkeit beantragt werden soll.